

Man nennt das Freiheit

Die jetzt im Bundestag beschlossene „Ehe für alle“ ist nicht das Ende einer Debatte, sondern deren Neuanfang

Von Jürgen Kaube



Eine Regenbogenflagge in Berlin, am Freitag nach dem Beschluss des Bundestags

Foto: AFP

Die staatlich beurkundete Ehe, so wird argumentiert, sei der rechtliche Ausdruck dafür, dass Mann und Frau, die sich zu einer dauerhaften Gemeinschaft verabreden, einen besonderen Beitrag zur Gesellschaft leisten. Darum stehe sie unter dem Schutz des Staates. In der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte ist von ihr als einer „natürlichen Grundeinheit der Gesellschaft“ die Rede. Fast alle verfassungsförmigen Ordnungen sprechen dort, wo sie von Ehe sprechen, auch von Familie. Der Schutzanspruch der Ehe ist in den meisten Argumentationen an den Gedanken gebunden, dass Familien soziale Gebilde sind, in denen Kinder gut heranwachsen.

Das war schon immer von Einwänden begleitet. Erbschließungen werden nicht dadurch unwirksam, dass Paare keine Kinder haben oder erklären, keine haben zu wollen. Die staatliche Begünstigung der Ehe, etwa die fiskalische, fällt nicht aus, wenn Kinder ausbleiben. Männer und Frauen können die Ehe eingehen, ohne sich medizinischen Tests unterziehen zu müssen, ob von ihnen Kinder überhaupt zu erwarten sind. Es gibt Kernfamilien, in denen Kinder schlechter heranwachsen, als wenn sie von den Großeltern oder jemand anderem erzogen würden. Dass Mann und Frau Kinder bekommen können, qualifiziert sie

nicht dazu, sie auch erziehen zu können. Und umgekehrt können Kinder, die von Ehepartnern erzogen werden, auch entstehen, ohne dass ausschließlich oder überhaupt die Ehepartner daran beteiligt sind.

Vor allem aber: Es gibt nichteheliche Familien, die ebenfalls unter dem Schutz des Grundgesetzes stehen, ohne dass festgelegt wäre, wie genau sie zusammengesetzt sein müssen. Wenn also Ehe und Familie nicht kongruent sind, die „Keimzelle“ der Gesellschaft jedoch die Familie sein soll, verändert sich der Sinngehalt des staatlichen Schutzes von Ehen. Die jetzt im Bundestag beschlossene „Ehe für alle“ wird darum nicht das Ende einer Debatte, sondern deren Neuanfang sein. Dem Urteil des Fraktionsvorsitzenden der Union, Volker Kauder (CDU), das Verfahren sei in seiner Eile, seiner verfassungsrechtlichen Diskussionstiefe und seinen alternativen Begleiterscheinungen des Themas nicht würdig gewesen, kann sich auch anschließen, wer die „Ehe für alle“ bejaht. Zur Wahrheit gehört dabei, dass die Unionsfraktion ihrerseits jahrelang nicht gerade auf eine eigene Verständigung zum Thema drängte und lieber nicht dran rührte, als ihren internen Dissens zu artikulieren. Des Themas noch weniger würdig sind allerdings Beiträge, die aufgrund von Affekten wissen, was richtig ist, um dann an den Haaren Begründungen für diese Affekte herbeizuziehen, die aus Vorurteilen mitunter

der der niedrigsten Art zusammengefasst sind.

Der Ernst, den das Thema verdient, ist in seinen Schwierigkeiten begründet. In dem Maße, in dem der herkömmliche moralische Druck nicht mehr vermag, die Lebensformen in einer modernen Gesellschaft eindeutig festzulegen, hat sich die Institution der Familie verändert. Denn in sie gehen Entwicklungen auf dem Gebiet der Liebe, der Sexualität, der Erziehung, der Reproduktionsmedizin und der familiären Rollenbilder ein, die alle nicht aufeinander abgestimmt sind. Man nennt dieses Nichtaufeinanderabgestimmte: Freiheit. Wir leben in einer Gesellschaft, in der das Handeln auf einem Feld Folgen in vielen anderen hat, ohne dass der Staat vorgreifend oder nachträglich dafür sorgen kann und sollte, dass alles schön zueinander passt. Der Gebrauch von Freiheiten führt also nicht in jedem Fall zu dem, was sich alle wünschen, und zwar vor allem darum, weil unklar ist, was sich auf diesen Gebieten alle wünschen. Der demokrische Wert von achtzig Prozent der Deutschen, die sich die „Ehe für alle“ wünschen oder jedenfalls nichts gegen sie haben, mindert diese Unklarheit nur ein wenig.

Denn es handelt sich bei ihr um eine gesellschaftliche Tatsache, die ein politischer Beschluss nicht beseitigen kann. Die Familie mag als „Keimzelle“ der Gesellschaft angesprochen werden, aber sie ist noch vieles andere. Seit es die Liebes-

heirat gibt, gibt es auch die Hassrisiken, von denen noch niemand behauptet hat, sie seien ein Beitrag zum Gemeinwohl oder dem der Kinder. Nirgendwo innerhalb von befriedeten Nationalstaaten sind die Konflikte erbitterter als in Ehe und Familien. In den Komfortzonen der Gesellschaft waren es seit Jahrhunderten wiederum eher die Kinder, die erzogen – mitunter die eigenen Kinder –, als die Eltern, wofür man heute im Zeichen doppelter Karrieren die Formel finden könnte, dass berufliche Hochleistungen oft auch auf Kosten der Kinder erfolgen. Seitensprünge machen seit langem die Ehe nicht unwirksam; was sie im Einzelnen anrichten, ist den Einzelnen überlassen. Um dem Rechnung zu tragen, hat sich das Scheidungsrecht seit den Zeiten von Efi Briest und Anna Karenina erheblich geändert.

Gleichgeschlechtliche Liebe wiederum – die vielbeschworene „Wiege der Demokratie“ war voll davon und ging jedenfalls nicht an Reproduktionsschwierigkeiten zugrunde – ist überall dort als Fall von Liebe und nicht nur von Sexualität erkannt, wo überhaupt nachgedacht wird und nicht nur Reflexe gepflegt werden. Paare, die Kinder erziehen, die nicht oder nur teils von ihnen stammen, hatten schon immer mit Fragen der Kinder zu rechnen. In den Märchen ist die Figur der Stiefmutter als kulturelles Gedächtnis der entsprechenden Stereotypen abgelegt. Doch solche Schwierigkeiten unter-

scheiden sich in ihrer Härte nicht von denen solcher Paare, deren höchstseigene Kinder mit ihnen unzufrieden sind und sich von ihnen lossagen. Oder solchen, die ihren Eltern oder einem Teil davon die Scheidung nicht verzeihen.

Das bedeutet nicht, dass es ein Spaziergang sein wird, wenn Kinder fragen, weshalb unter ihren Eltern kein Vater oder keine Mutter ist, aber ein Spaziergang sind viele Dinge in Ehen nicht, die Kindern erklärt werden müssen – wenn sie denn überhaupt gut zu begründen sind. Die Vielfalt des Glücks wie des Unglücks, des Unglücks, das aus Glück kommt, und des Glücks, das Unglück überwindet, ist in Familien viel zu groß, als dass sie geeignet wären, allzu ideale Beschreibungen zu bestätigen. Die Tatsache, dass Alleinerziehung durch eine Mutter oder einen Vater inzwischen akzeptiert ist, wirft nicht zuletzt die Frage auf, weshalb an das Hinzutreten einer zweiten Erziehungsperson besondere biologische Qualifikationsanforderungen gestellt werden müssten.

Das Eherecht sollte, mit anderen Worten, nicht mehr neben dem geschmacklosen Witz und der moralischen Hetze – „Homosexuelle tun dies und das, sind so und so“ – das letzte Refugium einer Sittenpolizei sein, die sich Bescheidwissen anmaßt. Der Staat befindet nicht darüber, was natürlich ist, er entscheidet im Bereich des gesellschaftlich Verbotlichen. Redensarten wie die, es habe die

Natur die Ehe hervorgebracht, um die Reproduktion der Arten zu garantieren, sind unfreiwillige Anträge auf abermaligen Biologieunterricht. Die „Ehe“ im Sinne monogamer Paarbildung ist, anders als die zweigeschlechtliche Reproduktion, eine Ausnahme in der Natur. Wer die Ehe als staatliches Förderinstitut für die Reproduktion menschlicher, also biologisch nicht gebundener Gesellschaften betrachten würde, liefe wiederum in die Schwierigkeiten mit Ehen ohne Kinder hinein. Die Übertragung von „biologische Art“ auf „Gesellschaft“ oder gar „Staat“ wiederum kennt die Geschichte der Monogamie in menschlichen Gesellschaften nicht. Und die Sorge, nun gehe es bergab mit dem heterosexuellen Paar als Normalität – eine Sorge, die von anderen genauso töricht als Freude gepflegt wird –, sollte einen Blick auf die Zahlen riskieren.

Wer die Ehe idealisiert, könnte man sagen, kennt einige ihrer Wirklichkeiten nicht. Das wäre jedoch keine Maßgabe für das Recht. Schließlich idealisiert das Recht ja auch alle anderen gesellschaftlichen Bereiche, indem es Normen errichtet, die täglich verletzt werden. Die Frage im Kern der gerade stattfindenden Debatte ist vielmehr, ob man es Homosexuellen verwehren darf, die Ehe zu idealisieren, und den Staat darauf verpflichten darf, die Lebensgemeinschaften der Homosexuellen von seinen rechtlichen Idealisierungen auszunehmen.

Ich will das Kleid!

Die Homophobie und das Patriarchat haben endlich verloren. Doch Ehe für alle reicht nicht, man braucht auch Ehe für viele!

Von Carolin Wiedemann

Hochzeiten sind überdurchschnittlich unterhaltsame Angelegenheiten. Vor ein paar Jahren war ich zu einer Heirat nach Südf Frankreich eingeladen, bei der der Brautvater in seiner Rede sagte, seine Tochter habe so viel Potential, mache aber von klein auf einen Fehler nach dem anderen – falsches Musikinstrument, falsche Freunde, falsches Studienfach –, und heute Abend mache sie den größten. Und bei einer anderen Hochzeit zeigte der Brautvater eine Powerpoint-Präsentation über das Le-

ben seiner Tochter, die mit deren Geburt begann und nach einer halben Stunde bei ihrem Abitur angekommen war, woraufhin die Gäste laut applaudierten, um seine Show zu beenden, doch er wollte weitermachen und musste schließlich vom Brautpaar von der Bühne gezerrt werden. Brautväter scheinen Hochzeiten angemessen brillant zu machen.

Natürlich sollten Ehen obsolen sein. Ehen als organisatorisches Prinzip des Patriarchats, als Lebensmodell, das Frauen jahrhundertlang unterdrückt hat, in dessen Rahmen es Frauen bis in die späten fünfziger Jahre untersagt war, ein eigenes Bankkonto zu haben, und bis in die neunziger Jahre, sich gegen Vergewaltigung durch den Gatten juristisch zu wehren. Und so irritiert es natürlich auch erst einmal, dass so viele Menschen, gerade junge Frauen, deren Mütter irgendwie feministisch und gegen eine romantische Inszenierung der Heirat waren, selbst genau so eine Feier wollen. Frauen, die ihre Freunde belahren,

ihre Männlichkeit kritisch zu reflektieren, den ganzen Komplex der Hochzeitsindustrie verachten und trotzdem sagen: „Ich will das Kleid!“

Die Leute eignen sich die romantischen Rituale an, deuten sie um, entleeren sie ihrer patriarchalen Bedeutung und laden sie hedonistisch auf.

Dass es so viele Scheidungen gibt, ist auch kein Argument gegen die Ehe, sondern im Gegenteil: Nach mehr Feste, noch weniger Zwang. Außerdem lohnt sich das Kleid dann auch mehr.

Homosexuelle Menschen sollen selbstverständlich genauso Hochzeiten veranstalten dürfen wie heterosexuelle Menschen. Und dass sich eine „eingetragene Lebenspartnerschaft“ nicht so feiern lässt wie eine Vermählung, ist klar. Diese Eintragung hat schließlich immer einen üblen Beigeschmack – eben weil sie zeigt, dass es in Deutschland eine Hierarchie zwischen heterosexuellen und homosexuellen Beziehungen gibt.

Fortsetzung auf Seite 38

Keimzelle des Widerstands

Kann es sein, dass die Institution der Ehe überholt ist – genau in dem Moment, da es endlich die Ehe für alle gibt?

Von Claudius Seidl

Unter den häufig gestellten Fragen, die man, als heterosexueller Mann, so an seine homosexuellen Freunde hatte in den vergangenen 16 Jahren, in jener Zeit also, da es die sogenannte eingetragene Partnerschaft, nicht aber die Ehe für alle gab, war diese hier die interessanteste: Warum, liebe Freunde, seht ihr euch so heftig nach der bürgerlichen Ehe? Seht ihr denn nicht, dass, wenn sie dauert, so eine Ehe mit viel Arbeit und Ärger verbunden ist? Hört ihr nicht das bedrückende Schweigen der Paare, die einan-

der kaum noch etwas zu sagen haben? Kennt ihr wirklich keine der vielen Familien, die nur noch von den Kindern, abzuzahlenden Immobilienschulden und der Angst vor den Kosten einer Trennung zusammengehalten werden, aber ganz bestimmt nicht von dem, was wir Liebe nennen? Wart ihr niemals eingeladen auf einer jener pompösen Hochzeitsfeiern, bei denen keiner darauf wetten möchte, dass das Paar noch zusammen sei, wenn der Kredit für diese Feier endlich abbezahlt ist? Habt ihr beim Anblick eines glücklichen Paares noch nie gedacht: Sie sind glücklich, nicht weil, sondern obwohl sie verheiratet sind?

Die Antworten, die man darauf bekam, sind immer wieder auf zwei unwiderlegbare Aussagen hinausgefallen: Dass nämlich, erstens, der Umstand, dass die Ehe keine Garantie für lebenslanges Glück und ewige Verliebtheit bietet, kein schlüssiger Grund ist, irgendetwas das Recht auf diese Ehe zu verweigern. Wie kämen Homosexuelle

dazu, die Homosexuellen davor bewahren zu müssen, dass sie sich aneinander gewöhnen, vielleicht sogar einander überdrüssig werden und sich, wie heterosexuelle Paare auch, scheiden lassen, wenn sie einander nicht mehr ertragen?

Und wenn sich, zweitens, die Heterosexuellen wirklich so schwertun mit der Ehe, den Rechten, den Pflichten und vor allem der Dauer: Wäre allein das nicht Grund genug, den Homosexuellen die Chance zu geben, es besser zu machen?

So, ungefähr, gingen die Gespräche; von den Einwänden blieb nichts als der Verdacht, dass sie nur der Engherzigkeit und dem Pessimismus entspringen seien – und wenn man trotzdem jetzt, an diesem Wochenende, da so viele jubeln über die Ehe für alle, eine gewisse Skepsis spürt, das Gefühl, dass irgendetwas an diesem Jubel nicht ganz stimmig sei: Dann liegt das nicht an jenen allen, denen die Ehe jetzt offensteht.

Fortsetzung auf Seite 39

